

# VEREINTE NATIONEN GEGEN ISRAEL

## ÜBER DEN MISSBRAUCH INTERNATIONALER ORGANISATIONEN

---

ALEX FEUERHERDT – VORTRAG IN BREMEN, 27. OKTOBER 2016

### **Zum Einstieg: Antisemitismus als Weltkulturerbe**

Vielleicht haben Sie, meine Damen und Herren, mitbekommen, was der Exekutivrat der Unesco vor wenigen Tagen beschlossen hat. Dieses Gremium, das zwischen den alle zwei Jahre stattfindenden Generalkonferenzen die Geschäfte dieser UN-Einrichtung führt, hat eine Resolution zum Thema »besetztes Palästina« verabschiedet, die auf Antrag der islamischen Staaten Algerien, Ägypten, Katar, Libanon, Marokko, Oman und Sudan initiiert worden war. In dieser Resolution, die sich vor allem um die kulturelle Bedeutung und Geschichte Jerusalems und des Tempelbergs dreht, wird jegliche jüdische Beziehung zu dieser Stadt und dieser Stätte rundweg ignoriert. Erwähnt wird ausschließlich die Bedeutung des »Haram al-Scharif« für den Islam – »Haram al-Scharif«, das ist der arabische Name für den Tempelberg, und nur dieser wird in der Resolution genannt. Dass dieser Ort auch Juden heilig ist und zwei Tempel auf ihm standen, unterschlägt der Beschluss einfach. Er besagt: Dies ist ausschließlich ein muslimischer Ort. Folgerichtig werden in der Resolution, wie Gil Yaron auf »Welt Online« feststellte, auch nur »vermeintliche Aggressionen der ›Besatzungsmacht Israel‹ gegen Muslime auf dem Haram« verurteilt, nicht aber »muslimische Randalierer, die die Al-Aksa-Moschee als Waffenlager missbrauchen und tagtäglich jüdische Besucher auf dem Berg gängeln«.

Diese aberwitzige Geschichtsklitterung fand in der Unesco tatsächlich eine Mehrheit: 24 Staaten stimmten dafür – neben den islamischen Ratsmitgliedern unter anderem auch Brasilien, China, Russland, Südafrika und Vietnam –, nur sechs dagegen, nämlich Deutschland, Estland, Großbritannien, Litauen, die Niederlande und die USA. Außerdem gab es 26 Enthaltungen, darunter die von Argentinien, Frankreich, Griechenland, Indien, Italien, Japan, Schweden, Slowenien, Spanien und der Ukraine. Die Mehrzahl der europäischen Länder im Exekutivrat konnte sich also nicht dazu durchringen, der so absurden wie ungeheuerlichen Beschlussvorlage eine klare Absage zu erteilen. Gil Yaron urteilte zutreffend: »So bestärkt die Unesco einen exklusiven muslimischen Anspruch, der vor 1400 Jahren mit Waffengewalt erstritten und seither durch Intoleranz gegenüber anderen

Religionen aufrechterhalten wurde – Rückenwind für die Forderung, den Berg judenrein zu halten.« Indem sie die jüdische Bindung zum Tempelberg verschweige, so Yaron weiter, »übernimmt die Unesco die Argumentation der Extremisten«.

Israel kündigte deshalb an, die Zusammenarbeit mit der UN-Kulturorganisation auszusetzen. Bildungsminister Naftali Bennett nannte die Resolution einen »bedauernswerten Vorgang« und eine »direkte Unterstützung für islamistischen Terror«. Premierminister Benjamin Netanjahu sprach von einem »Theater des Absurden« und sagte: »Zu behaupten, Israel verbinde nichts mit dem Tempelberg, ist so, als hätte China keine Verbindung zur Chinesischen Mauer und Ägypten keine zu den Pyramiden.« Selbst der Unesco-Generaldirektorin Irina Bokova war die Entscheidung peinlich. Sie bezeichnete das Erbe Jerusalems in einer Stellungnahme als »unteilbar« und fügte hinzu, es gehe nicht an, die jüdische oder christliche Tradition der Stadt zu leugnen, zu verbergen oder auszuradieren. Für diese Äußerung erhielt sie Morddrohungen. Die Palästinensische Autonomiebehörde dagegen begrüßte erwartungsgemäß das Votum, das, so wörtlich, »die fortgesetzte Verpflichtung der Mehrheit der Mitgliedsstaaten« reflektiere, »die Prinzipien zu ehren, auf denen die Unesco gegründet wurde«.

Zu diesen Prinzipien sollen laut Unesco-Verfassung »die Vielfalt der Kulturen« und »eine ausgewogene geografische Verteilung« bei der Wahl der Mitglieder des Exekutivrates gehören. Doch wann immer es um den jüdischen Staat geht, haben Vielfalt und Ausgewogenheit seit jeher rasch ein Ende. Schon 1974 beispielsweise schloss die Unesco Israel auf arabischen Druck aus, erst vier Jahre später wurde die Ächtung wieder aufgehoben. In den 1990er Jahren boykottierte der seinerzeitige Unesco-Chef Federico Mayor sämtliche internationalen Konferenzen in Jerusalem und verweigerte alle Treffen mit israelischen Offiziellen. Anfang 2014 sagte die Unesco ihre geplante Ausstellung »Das Volk, das Buch, das Land: die 3.500-jährige Beziehung zwischen Juden und Israel« in Paris ab, nachdem arabische Staaten, die diese Beziehung leugnen, vehement protestiert hatten. Im April 2016 verabschiedete der Exekutivrat einen Beschluss, in dem Israel für das angebliche »Platzieren gefälschter jüdischer Gräber« auf muslimischen Friedhöfen verurteilt wurde.

Im jüngsten Beschluss werden unumstößliche, unleugbare, wissenschaftlich belegte historische Tatsachen einfach per Mehrheitsbeschluss für inexistent erklärt und durch Propaganda ersetzt. Dass die islamische Waqf-Stiftung, die zur Verwaltung des Tempelbergs

eingesetzt wurde und den Muslimen dort religiöse Autonomie sichern soll, archäologische Arbeiten gezielt unterbindet, um zu verhindern, dass weitere Belege für den jüdischen Bezug zu der Stätte den Weg ans Tageslicht finden, kam deshalb auch gar nicht erst zur Sprache. Der Resolutionsentwurf der Unesco ist der atemberaubende Versuch einer Einrichtung der Vereinten Nationen, die Existenzberechtigung und die Wurzeln des jüdischen Staates – eines UN-Mitglieds, wohlgemerkt – zu leugnen und ihn buchstäblich zu delegitimieren. Am gestrigen Mittwoch schließlich ließ auch das Welterbe-Komitee der Unesco seine Mitglieder über eine Resolution »zur Altstadt von Jerusalem und zu seinen Mauern« abstimmen. Diese nennt den Tempelberg-Komplex ebenfalls ausschließlich mit seiner islamischen Bezeichnung und bezeichnet ihn ausschließlich als »muslimische heilige Stätte«. Zehn Mitglieder stimmten dafür, nur zwei Dagegen, acht enthielten sich. Mit den beiden Resolutionen ist der Antisemitismus also gewissermaßen als Weltkulturerbe geadelt worden – denn nichts anderes als Antisemitismus ist es, wenn die jüdische Beziehung zu Jerusalem und zum Tempelberg ignoriert oder geleugnet wird.

Ich verrate Ihnen kein Geheimnis, wenn ich sage, dass die Entschlüsse der Unesco keine Einzelfälle sind. Dass die Vereinten Nationen und ihre Einrichtungen generell ziemlich regelmäßig Resolutionen zum Nachteil des jüdischen Staates verabschieden, ist allgemein bekannt, und vielen sogenannten Israelkritikern gilt das als Beleg dafür, dass Israel permanent die Menschenrechte verletzt, ja, derartiges Unrecht begeht, dass man seine Existenzberechtigung in Zweifel ziehen sollte. Ich möchte in diesem Vortrag der Frage nachgehen, woher diese vielen gegen Israel gerichteten Resolutionen rühren, was sie beinhalten, wie sie zustande kommen und was von ihnen zu halten ist. Ich werde aber auch prüfen, wie die Uno heute überhaupt aufgestellt ist, worin sie sich von früheren Jahren unterscheidet und welches Verständnis von den Menschenrechten bei ihren Mitgliedern vorherrscht.

### **»Das alte Spiel zwischen Brüssel und Ramallah«: Die WHO**

In diesem Zusammenhang komme ich nicht umhin, zunächst noch ein bisschen mehr darüber zu berichten, was die Vereinten Nationen in Bezug auf den jüdischen Staat so alles entscheiden, vor allem in der Gegenwart. Nehmen wir zum Beispiel die Weltgesundheitsorganisation (WHO), die – so viel lässt sich wohl gefahrlos behaupten –

einen ausgesprochen guten Ruf genießt, wo sie sich doch ganz und gar vorbildlich um die Bekämpfung von Krankheiten und die Hebung des weltweiten Gesundheitsniveaus kümmert. Doch wen hat diese Einrichtung auf ihrer Jahresversammlung im Mai dieses Jahres in einer Resolution mit großer Mehrheit als weltweit einziges Land dafür gebrandmarkt, die geistige und die körperliche Gesundheit von Menschen sowie die Umwelt zu schädigen? Genau: Israel. Nicht etwa Syrien oder Russland wegen der Bombardierung syrischer Krankenhäuser, auch nicht beispielsweise den Jemen, wo unzähligen Menschen der Zugang zu Nahrung und Wasser verweigert wird. Nein, Israel. Und nur Israel. 107 Mitgliedsstaaten stimmten dafür, lediglich acht dagegen, weitere acht enthielten sich. Israel war auch das einzige Land, dem auf der Tagesordnung ein eigener Punkt gewidmet wurde.

Beantragt worden war dieser Beschluss von Kuwait im Namen der arabischen Staaten sowie von der palästinensischen Delegation. Offiziell veröffentlicht wurden zudem begleitende Stellungnahmen von Syrien und den Palästinensern, die überdeutlich werden lassen, welche Motivation hinter der Resolution steckt. Beide Statements waren gespickt mit klassischen antisemitischen Verschwörungstheorien. So hieß es im syrischen Papier beispielsweise, die »israelischen Besatzungsbehörden« verseuchten die Golanhöhen mit radioaktivem Material, führten an syrischen und arabischen Gefangenen Experimente mit Medikamenten und Drogen durch und injizierten ihnen pathogene Viren. Im palästinensischen Dokument wurde unter anderem behauptet, Israel bringe arabische Häftlinge in radioaktiv kontaminierten Gebieten unter, verabreiche palästinensischen Gefangenen kurz vor deren Freilassung krebserregende Substanzen und liefere getötete Palästinenser nur unter der Bedingung aus, dass sie sofort beerdigt werden – damit sich der Organraub nicht mehr nachweisen lasse.

Im endgültigen Resolutionstext selbst sparte man sich zwar schließlich die größten Ausfälle, um eine möglichst breite Zustimmung zu erreichen, aber die Botschaft blieb auch so eindeutig: Der jüdische Staat macht die Menschen in den »besetzten Gebieten« krank, versagt ihnen notwendige medizinische Hilfe und vergiftet die Umwelt. Dadurch, dass ihm als einzigem Land auf der WHO-Versammlung eine eigene Entschließung gewidmet wurde, erhielt er zudem eine Sonderstellung – seine vermeintlichen Verstöße erschienen so als außergewöhnlich gravierend. Hillel Neuer, der Geschäftsführer der Uno-kritischen Organisation UN Watch, hob in einer Stellungnahme zu Recht hervor, dass »jeder, der jemals in einem israelischen Krankenhaus oder einer Klinik war, [weiß,] dass Israel eine Gesundheitsversorgung von Weltklasse für Tausende von palästinensischen Arabern und

Syern bietet, die vor Assad fliehen«. Die Vertreter der USA und Kanadas widersprachen dem Resolutionsbegehren auf der WHO-Sitzung dann auch energisch.

Deutschland, Großbritannien, Frankreich und die anderen EU-Staaten hingegen votierten bei der Abstimmung mit »Ja«, schlossen sich also der von den Palästinensern und den arabischen Staaten initiierten Verteufelung Israels an. Es sei, so Hillel Neuer, das alte Spiel zwischen Brüssel und Ramallah gewesen: »Die PLO reicht erst einen noch drastischeren Entwurf ein – im Wissen, dass er später revidiert werden wird –, damit die Europäer so tun können, als hätten sie einen »ausgewogeneren« Text erreicht. Von Israel wird dann erwartet, dass es feiert, nur mit einem dünneren Strick gelyncht worden zu sein.« Die gesamte Europäische Union sei, so Neuer weiter, »in die Untiefen des Irrationalismus hinabgestiegen. [...] Indem der jüdische Staat für alle Gesundheitsprobleme der Welt zum Sündenbock gemacht wird – genauso wie das mittelalterliche Europa einst die Juden beschuldigte, Brunnen zu vergiften –, hilft die EU der Uno und ihrer Weltgesundheitsorganisation dabei, die Humanität und die Grundsätze, auf denen sie basiert, zu verraten.«

### **Frauenrechte à la Uno**

Weitere Beispiele gefällig? Kein Problem. Bei den Vereinten Nationen gibt es eine »Fachkommission für die rechtliche Stellung der Frau«. Sie existiert seit 1946 und gehört zum Wirtschafts- und Sozialrat der Uno, einem der sechs UN-Hauptorgane (zu denen beispielsweise auch die Generalversammlung, der Sicherheitsrat und der Internationale Gerichtshof zählen). Die Kommission hat sich die Geschlechtergerechtigkeit zum Ziel gesetzt, tritt für die universellen Rechte von Frauen ein und beobachtet, wie sich die diesbezügliche Lage in der Welt entwickelt. Einmal im Jahr tritt das derzeit 45 Mitglieder umfassende Gremium im UN-Hauptquartier in New York zusammen, um den Stand der Dinge zu resümieren, politische Schritte zu beraten, Resolutionen zu verabschieden und Programme zu beschließen. Es ist die höchste und wichtigste Einrichtung der Vereinten Nationen, was Frauenrechte betrifft.

Im März 2015 fand die 59. Jahressitzung der Frauenrechtskommission statt. Und dabei wurde auch eine Resolution angenommen, in der ein Staat – genau ein einziger – für die Verletzung von Frauenrechten verurteilt wird. Um welchen Staat handelt es sich also? Vielleicht um

Pakistan, wo prozentual den meisten Frauen Gewalt durch ihren Partner widerfährt? Oder um den Sudan, wo 88 Prozent der Frauen unter 50 Jahre eine Genitalverstümmelung über sich ergehen lassen mussten und wo das Mindestalter für eine Heirat von Mädchen bei zehn Jahren liegt? Um Saudi-Arabien, wo Frauen physisch bestraft werden, wenn sie nicht die vorgeschriebene Kleidung tragen, und wo sie nicht Auto fahren oder ohne einen männlichen Verwandten verreisen dürfen? Oder vielleicht um den Iran, wo Frauen wegen eines Seitensprungs zu Tode gesteinigt werden können, keinem Gericht vorstehen dürfen, einem rigiden Kopftuchzwang zu folgen haben und das Einverständnis ihres Mannes benötigen, um außerhalb ihrer Wohnung zu arbeiten? Um China, wo es Zwangsabtreibungen und -sterilisationen gegen Frauen gibt? Oder um eines jener zahlreichen Länder, in denen »Ehrenmorde«, Frauenhandel, Zwangsprostitution und die gesamte Palette der Vorenthaltung politischer, individueller und sozialer Rechte für Frauen an der Tagesordnung, also »normal« sind?

Nein, dieser Staat, der als einziger von der »United Nations Commission on the Status of Women« in einer Resolution explizit verurteilt wurde, ist – Sie ahnen es natürlich bereits – Israel. In der Entschließung heißt es: »Die israelische Besatzung bleibt das Haupthindernis für palästinensische Frauen, was ihre Fortschritte, ihre Eigenständigkeit und ihre Integration in die Entwicklung ihrer Gesellschaft betrifft.« Ron Prosor, der Botschafter des Staates Israel bei den Vereinten Nationen, konnte angesichts dessen nur den Kopf schütteln: »Wenn es noch eines Beweises bedurft haben sollte, dass die Uno gegenüber Israel voreingenommen ist, dann haben wir ihn heute bekommen«, sagte er. »Von den 193 UN-Mitgliedsstaaten schlachten Dutzende unschuldige Zivilisten ab und haben Gesetze verabschiedet, mit denen Frauen an den Rand der jeweiligen Gesellschaft gedrängt werden. Aber sie alle bekommen hier einen Persilschein.«

Die Resolution, auf Anregung der Palästinenser und von Südafrika in die Versammlung der UN-Frauenrechtskommission eingebracht, wurde mit 27 Ja-Stimmen angenommen. Nur zwei Kommissionsmitglieder votierten mit Nein, nämlich die USA und Israel selbst. Außerdem gab es 13 Enthaltungen – darunter die Mitglieder der Europäischen Union. In unseren Breitengraden findet man es also zumindest nicht völlig abwegig, in Israel die Nummer eins unter den Frauenrechtsverletzern auf dem Globus zu sehen.

## **Das antiisraelische Flaggschiff der Uno: Der Menschenrechtsrat**

Aber das ist sogar noch harmlos, verglichen mit dem Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen. Dieser Menschenrechtsrat – in dem die islamischen Staaten und andere Autokratien die Mehrheit stellen – hat beispielsweise die »Durban II« genannte, heftig umstrittene »Antirassismuskonferenz« in Genf vom April 2009 ausgerichtet, auf der unter anderem der seinerzeitige iranische Präsident Mahmud Ahmadinejad als Redner auftrat. Die USA und viele EU-Staaten hatten sich deshalb – teilweise in buchstäblich letzter Minute – zu einem Boykott der Veranstaltung entschlossen. Der UN-Menschenrechtsrat kennt aber vor allem ein Thema, und das heißt: Israel. Mit keinem Staat beschäftigt sich dieses Gremium häufiger, kein Land verurteilt es öfter. Eine statistische Auswertung vom Sommer 2015 macht sehr gut deutlich, wie dieser Menschenrechtsrat beschaffen ist und warum er seinem edlen Namen nichts als Hohn spricht. Diese Auswertung zeigt, welche Länder der Rat seit seiner Gründung vor zehn Jahren bis zum August des vergangenen Jahres wie oft wegen Menschenrechtsverstößen verurteilt hat. Das Ergebnis: 62 Verurteilungen richteten sich gegen Israel, auf 55 kamen alle anderen Länder dieser Welt zusammen. Noch einmal: zweiundsechzig zu fünfundfünfzig. Im Einzelranking lag Syrien mit 17 Verurteilungen weit abgeschlagen hinter dem jüdischen Staat, gefolgt von Myanmar (zwölf), Nordkorea (acht) und dem Iran (fünf). Menschenrechtsparadiese wie Afghanistan, der Libanon oder Pakistan sind bis jetzt gänzlich ungeschoren davongekommen.

Schon diese Zahlen zeigen, um was für eine groteske Veranstaltung es sich beim Menschenrechtsrat handelt. Noch deutlicher wird das, wenn man weiß, dass es auf ausnahmslos jeder Sitzung des Rates einen festen Tagesordnungspunkt gibt, der sich »Menschenrechtliche Situation in Palästina und anderen besetzten arabischen Gebieten« nennt – und sich explizit und ausschließlich der Dämonisierung Israels widmet. Die Beschäftigung mit dem jüdischen Staat ist also geradezu obsessiv. Und deshalb weiß man auch immer schon vorher, was dabei herauskommt, wenn der Menschenrechtsrat eine Kommission einsetzt, die das Geschehen im Zuge eines Krieges untersuchen soll, an dem Israel beteiligt war. So wie beispielsweise die Goldstone-Kommission, die sich auf Antrag von Kuba, Ägypten und Pakistan im Auftrag des Menschenrechtsrates mit den Militärschlägen der israelische Armee gegen die Hamas Ende 2008, Anfang 2009 beschäftigte. Sie legte schließlich ein 575 Seiten umfassendes Dokument vor – den sogenannten Goldstone-Report –, der kein Untersuchungsbericht war, sondern nichts anderes

als eine Anklageschrift gegen den jüdischen Staat, dem allerlei »Kriegsverbrechen« und »Verbrechen gegen die Menschlichkeit« vorgeworfen wurden.

Der Raketenterror der Hamas fand dagegen lediglich am Rande Erwähnung, und auch ansonsten kam die Gotteskriegertruppe ausgesprochen glimpflich davon. So heißt es im Goldstone-Report beispielsweise, nicht einmal 17 Prozent der getöteten Palästinenser seien Kombattanten gewesen, mithin müssen also über 83 Prozent Zivilisten gewesen sein. Auf eine solche Zahl kann man allerdings nur kommen, wenn man, wie im Bericht geschehen, selbst die Polizisten im Gazastreifen zu den Zivilisten rechnet, obwohl nachweislich über 90 Prozent von ihnen zum militärischen Flügel der Hamas gehören. Vom Vorwurf, tatsächliche Zivilisten als »menschliche Schutzschilde« missbraucht zu haben, wird die Hamas glatt freigesprochen; überdies wollen Goldstone und seine Kollegen keine Beweise dafür gefunden haben, dass die Gotteskriegertruppe Waffen und Munition in Moscheen, Schulen und Krankenhäusern gelagert hat – wodurch israelische Angriffe auf diese Einrichtungen zwangsläufig zu Kriegsverbrechen mutieren, obwohl noch nicht einmal die Hamas abstreitet, derlei Depots angelegt zu haben.

Richard Goldstone selbst – das sei nicht nur der Vollständigkeit halber gesagt – distanzierte sich übrigens im April 2011 von seinem eigenen Urteil. In einem Gastbeitrag für die *Washington Post* schrieb er: »Wenn ich gewusst hätte, was ich heute weiß, wäre der Goldstone-Bericht ein anderes Dokument geworden.« Neuere Untersuchungen ließen erkennen, so Goldstone, dass Zivilisten nicht absichtlich zum Ziel israelischer Angriffe gemacht worden seien. So hoch man Goldstone seine Einsicht auch anrechnen muss: Sie kam sehr spät und vor allem erst zu einem Zeitpunkt, als der politische und diplomatische Schaden für Israel bereits angerichtet war.

Die israelische Regierung beschloss jedenfalls, nicht mehr mit dem Menschenrechtsrat zu kooperieren, auch nicht und schon gar nicht mit seiner Kommission, die im Juli 2014 eingesetzt wurde, um Verstöße gegen die Menschenrechte und das Völkerrecht dokumentieren, zu denen es nach ihrer Einschätzung im Zuge des Gaza-Krieges im Sommer des nämlichen Jahres gekommen war. Was hätte der jüdische Staat auch zu erwarten gehabt, zumal angesichts der Tatsache, dass der Vorsitz der Kommission an William Schabas übertragen worden war, einen kanadischen Völkerrechtler, der mehrfach durch stramm antiisraelische Äußerungen von sich reden gemacht hatte? Als schließlich ruchbar wurde, dass



Schabas 2012 im Sold der PLO gestanden hatte, musste er wegen Befangenheit zurücktreten. An seine Stelle rückte die amerikanische Richterin Mary McGowan Davis. Sie stellte im Juni 2015 den Abschlussbericht vor, der sich bei genauerem Hinsehen als weitere Anklageschrift gegen den jüdischen Staat entpuppte. Schon die zu Beginn des 184-seitigen Dokuments vorgenommenen Verrenkungen, mit denen der Gazastreifen zum weiterhin besetzten Gebiet gemacht wird, sind abenteuerlich. Nicht einmal vor einem Vergleich mit Nazideutschland wird Halt gemacht: Wie die Wehrmacht nach ihrem Abzug aus Griechenland 1944 sei auch die israelische Armee in Gaza faktisch eine Besatzungsmacht geblieben, heißt es in dem Bericht.

Der Hamas dagegen wird allen Ernstes bescheinigt, ihre Raketenangriffe überwiegend gegen militärische Ziele gerichtet zu haben und auf die Vermeidung ziviler Opfer aus gewesen zu sein, wenngleich es, wie es betont vorsichtig heißt, von ihr auch Statements gegeben habe, die auf das Gegenteil hätten schließen lassen, weshalb man »nicht ausschließen« könne, dass der Beschuss Israels eine Form von Terror gegen die Zivilbevölkerung gewesen sei. Die Tunnel seien im Betrachtungszeitraum ausschließlich für Angriffe auf israelische Soldaten in der Nähe des Grenzzauns benutzt worden und hätten damit »legitimen militärischen Zwecken« gedient. Die israelische Bevölkerung sei zumindest in einigen Fällen »in Presseerklärungen und im Internet« vor Angriffen der Hamas gewarnt worden. Es sei zudem nicht die Hamas gewesen, die Zivilisten als menschliche Schutzschilde missbraucht habe, sondern die israelische Armee. Hillel Neuer, der bereits erwähnte Geschäftsführer von UN Watch, resümierte in einem Interview der Wochenzeitung *Jungle World*: »Wir sind an einem Tiefpunkt in der Geschichte der UN angelangt, an dem es für Terrorgruppen Teil ihrer Kriegsführung ist, sich darauf verlassen zu können, dass der Menschenrechtsrat in Genf und auch die Generalversammlung in New York bei Terrorismus wegsehen und Israel angreifen. Effektiv wird so die israelische Fähigkeit zur Selbstverteidigung unterminiert.«

Wie Recht Neuer hat, zeigen auch ein besonderes Amt beim Menschenrechtsrat und dessen personelle Besetzung. Der Rat hat nämlich einen »Sonderberichterstatter zur Situation der Menschenrechte in den seit 1967 besetzten palästinensischen Gebieten«. Schon die mit dieser Position verbundene Aufgabenbeschreibung spricht Bände, denn das Mandat bezieht sich – anders als das der übrigen Uno-Sonderberichterstatter in Kriegs- und Krisengebieten – nur auf die Untersuchung der (angeblichen) Verstöße einer Seite, nämlich der israelischen. Menschenrechtsverletzungen durch die Hamas, die Fatah oder den Islamischen Jihad bleiben

dagegen außen vor. Eher wenig überraschend ist es deshalb, wenn dieser Posten von Leuten versehen wird, die aus ihrer Voreingenommenheit gegenüber dem jüdischen Staat keinen Hehl machen. So wie beispielsweise Richard Falk, der ihn zwischen 2008 und 2014 innehatte und Israel regelmäßig bezichtigte, ein »Apartheidstaat« zu sein sowie »ethnische Säuberungen« zum Nachteil der Palästinenser zu verüben.

Im März dieses Jahres wurde das Amt neu besetzt, und zwar mit dem kanadischen Juraprofessor Michael Lynk. Ein Blick auf dessen Vita zeigt, dass er sich bereits seit etwa 30 Jahren rege an Aktivitäten zur Dämonisierung und Delegitimierung Israels beteiligt. In dieser Zeit hat er unter anderem die Israelis in die Nähe der Nazis gerückt, explizit gegen Israel gerichtete »Anti-Apartheid-Wochen« unterstützt, Petitionen gegen »israelische Kriegsverbrechen« unterzeichnet, dem jüdischen Staat »ethnische Säuberungen« unterstellt, die Legitimität von dessen Gründung 1948 angezweifelt und für die Isolation Israels auf diplomatischem Parkett plädiert. Kurzum: Michael Lynk hat sich für das Amt des Menschenrechtsrats-Sonderberichterstatters für die palästinensischen Gebiete bestens qualifiziert, weil er die damit verbundenen antiisraelischen Anforderungen voll und ganz erfüllt.

### **Teil des Problems und nicht der Lösung: Die UNRWA**

Und damit zu einer weiteren Einrichtung der Uno, nämlich deren Flüchtlingshilfswerk für die Palästinenser, der United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East, kurz: UNRWA. Diese veröffentlichte am 22. Juli 2014 eine Pressemitteilung, die zumindest auf den ersten Blick verstörte: »Die UNRWA hat heute im Rahmen einer Routineinspektion ihrer Räumlichkeiten in einer leer stehenden Schule versteckte Raketen entdeckt«, hieß es darin. Unmittelbar nach diesem Fund – dem zweiten von insgesamt dreien während des Gazakrieges vor zwei Jahren – habe man das Personal evakuiert, weshalb man keine genauen Angaben zur Zahl der Raketen machen könne. Die Sprengkörper seien schließlich, so UNRWA-Sprecher Christopher Gunness, den »Behörden« übergeben worden. Diese Behörden werden im Gazastreifen jedoch von der Hamas geführt – jener Organisation mithin, die zuvor Tausende dieser Raketen auf Israel geschossen hatte. Ein Skandal also? Selbstverständlich – wobei dieser Skandal gleichzeitig den Normalzustand im Gazastreifen

darstellt. Denn die Bande zwischen der UNRWA und der terroristischen Hamas ist eng, und das nicht erst seit der israelischen Militäroperation vom Sommer 2014.

Bereits die Existenz der UNRWA ist in vielerlei Hinsicht ungewöhnlich, man könnte auch sagen: grotesk. Denn die als »palästinensische Flüchtlinge« geltende Personengruppe genießt innerhalb der Uno eine Sonderstellung: Während alle anderen Flüchtlinge auf dieser Welt in den Zuständigkeitsbereich des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) fallen, haben die Palästinenser seit 1949 ihr eigenes Flüchtlingshilfswerk. Damals rief die UN-Vollversammlung die UNRWA ins Leben, um rund 700.000 palästinensische Araber zu versorgen, die im Zuge des israelischen Unabhängigkeitskrieges den neu gegründeten jüdischen Staat nach dem Überfall der arabischen Staaten verlassen hatten oder verlassen mussten. Nach den UN-Richtlinien wird ihr Flüchtlingsstatus – anders als bei allen anderen Flüchtlingen und entgegen der Genfer Flüchtlingskonvention – bis heute vererbt. Die erdrückende Mehrheit der mittlerweile über fünf Millionen Palästinenser, die bei der UNRWA als »Flüchtlinge« registriert sind – und dadurch ein Anrecht auf kostenlose Dienstleistungen in Bereichen wie Bildung, Gesundheitsfürsorge und Sozialhilfe haben –, ist also niemals geflohen, sondern erhielt diesen Status einfach durch die Abstammung von »echten« Flüchtlingen.

Noch skurriler wird es, wenn man bedenkt, dass über die Hälfte der 1948 geflüchteten palästinensischen Araber arabisch-palästinensisches Gebiet gar nicht verließ, sondern ins Westjordanland oder in den Gazastreifen umsiedelte. Weitere zehn Prozent gingen nach Jordanien, dessen Territorium bis 1922 bekanntlich ebenfalls als Teil Palästinas galt. Gleichwohl leben heute Millionen von Palästinensern als »Flüchtlinge« auf palästinensischem Grund und Boden und streben ihre »Rückkehr« an – in ein Land, in dem sie ja nie gelebt haben. Die UNRWA unterstützt sie dabei ausdrücklich. Während das Flüchtlingshilfswerk UNHCR seine Aufgabe darin sieht, die Probleme seiner Flüchtlinge zu lösen, besteht die Politik der UNRWA darin, die Probleme ihrer »Flüchtlinge« zu perpetuieren. Der UNHCR versucht, nötigenfalls eine neue Heimat für die Flüchtlinge zu finden, und hilft ihnen bei den Hürden und Formalitäten der Einwanderung. Der UNRWA dagegen hat, so schrieb sie es selbst anlässlich ihres 60-jährigen Bestehens, »kein Mandat, um dauerhafte Lösungen für die palästinensischen Flüchtlinge zu finden, obwohl sie in den ersten Jahren ihres Bestehens noch das Recht hatte, Aktivitäten nachzugehen, die die Integration von Flüchtlingen in ihren Gastländern fördern«.

Eine solche Integration als dauerhafte Lösung würde jedoch den Verzicht auf die »Rückkehr« bedeuten, und das hätte weitreichende Konsequenzen: Die Existenz Israels würde damit anerkannt, auf die »Befreiung ganz Palästinas« – also die Zerstörung des jüdischen Staates – würde somit verzichtet. Der gesamte palästinensische Mythos von der »Nakba« und der grundsätzlichen Unrechtmäßigkeit Israels wäre hinfällig, und es gäbe keine Möglichkeit mehr, über die »Rückkehr« von mehr als fünf Millionen Palästinensern die Demografie in Israel so zu verändern, dass die Juden zur Minderheit würden. Dass die palästinensische Seite sich einer Akzeptanz der Realität und damit der Möglichkeit einer Koexistenz mit Israel verweigert, ist das eine, dass die Uno-Einrichtung UNRWA diese fatale Haltung auch noch tatkräftig fördert, etwas anderes.

92 Prozent ihres Haushalts erhält die UNRWA übrigens direkt von einzelnen Staaten, zuvorderst von den USA, Deutschland und Saudi-Arabien. Sie ist die größte Einzelorganisation der Vereinten Nationen und mit knapp 30.000 Mitarbeitern – davon sind bis auf 200 alle Palästinenser – der zweitgrößte Arbeitgeber in den palästinensischen Gebieten hinter der Palästinensischen Autonomiebehörde. Die UNRWA betreibt das größte Bildungswerk des Nahen Ostens, rund eine halbe Million Kinder lernt hier, wie Gil Yaron in der Tageszeitung *Die Welt* schrieb, »in 703 Schulen, dass sie Opfer israelischer Vertreibung sind, ein sakrosanktes »Rückkehrrecht« haben, das notfalls mit Gewalt durchgesetzt werden soll«. Zwar habe UNRWA-Sprecher Christopher Guinness verlautbaren lassen, dies sei »eine falsche Anschuldigung, für die es keine Beweise gibt«. Gleichzeitig aber prange an der Wand neben seinem Schreibtisch in Jerusalem, so Yaron weiter, »ein riesiges UNRWA-Poster, auf dem es auf Arabisch heißt: »Die Rückkehr – Recht der Flüchtlinge«.

Deshalb verwundert es auch nicht, dass die UNRWA enge Verbindungen zur Hamas unterhält. Bereits im Oktober 2004 räumte der seinerzeitige UNRWA-Generalkommissar Peter Hansen in einem Interview mit einem kanadischen Sender ein: »Ich bin mir sicher, dass Hamas-Mitglieder auf der Lohnliste der UNRWA stehen.« Er halte das jedoch »nicht für ein Verbrechen«, denn: »Die Hamas ist eine politische Organisation, nicht jedes Mitglied ist ein Militanter. Wir führen keine politischen Überprüfungen durch und schließen irgendwelche Leute aus, nur weil sie die eine oder andere politische Überzeugung haben.« Im Januar 2009 sagte UNRWA-Sprecher Guinness der *Jerusalem Post* auf die Frage, ob seine Organisation etwas gegen die Infiltration durch diese Terroristen unternehme: »Die palästinensischen Mitarbeiter unterschreiben ein Formular, in dem sie bestätigen, dass sie keine politischen

Verbindungen haben und nicht an Aktivitäten teilnehmen werden, die die Neutralität der UN verletzen würden.« Dass etwaige Verstöße gemeldet werden, müssen sie allerdings nicht befürchten, wie James G. Lindsay, Justiziar der UNRWA von 2002 bis 2007, deutlich machte: »Bewaffnete Gruppen haben keine Hemmungen, ihre Waffen einzusetzen, um ihre Ansichten zu bekräftigen oder diejenigen zu bestrafen, die nicht mit ihnen übereinstimmen. Darum passiert es vor allem in Gaza, der Westbank und dem Libanon selten, dass ein Angestellter meldet, dass ein anderer diejenigen Regeln gebrochen hat, die politische Reden verbieten – oder gar Verbindungen zum Terrorismus hat.«

Der israelische Journalist David Bedein, der seit Jahren zur UNRWA recherchiert, präsentiert in seinem Buch »UNRWA: A Roadblock to Peace« zahlreiche Beispiele für die Kooperation der UN-Einrichtung mit Terroristen: Gedenkzeremonien für Hamas-Führer werden in UNRWA-Schulen abgehalten, UNRWA-Lehrer widmen sich nach Feierabend dem Raketenbau und werden im Falle ihrer Tötung in den UN-Schulen als »Märtyrer« gefeiert, UNRWA-Jugendclubs mutieren zu Terroristentreffs. Hinzu kommt, dass das in UNRWA-Schulen verwendete Lehr- und Lernmaterial vor Antisemitismus nur so strotzt. Auf Landkarten ist der Staat Israel nicht existent, Juden haben laut den Schulbüchern keine heiligen Orte in Palästina, sondern bloß »gierige Ambitionen«. Bei den Wahlen zu den UNRWA-Angestelltenvertretungen im September 2012 hat die Hamas-Liste folgerichtig einen deutlichen Sieg erzielt, wie Bedein schreibt. 11.500 UNRWA-Mitarbeiter haben demzufolge damals ihre Stimme abgegeben, die Hamas gewann alle elf Sitze im Lehrersektor, sechs von sieben im Arbeitersektor und acht von neun im Dienstleistungssektor. Eine konkurrierende Liste gab es durchaus – nur war es die des Islamischen Jihad.

Immer wieder breiten Bildungseinrichtungen der UNRWA oder deren Personal außerdem ihre israelfeindlichen, islamistischen, der Hamas zugeneigten Aktivitäten auch in den sozialen Netzwerken aus. So gab es beispielsweise in einer UNRWA-Schule in Gaza im Oktober des vergangenen Jahres eine – von der Schule auf Facebook dokumentierte – Feierstunde zugunsten jener Palästinenser, die mit Messern, Äxten und anderen Stichwerkzeugen auf jüdische Israelis losgingen. Die Schüler hatten aus diesem Anlass Plakate mit Parolen angefertigt. »Wir folgen deinem Ruf, oh Al-Aqsa, und werden unser Blut und unsere Seelen für dich opfern«, stand etwa auf einem Schild geschrieben, das ein junges Mädchen in den Händen hielt. Auf einem anderen, das ein kleiner Junge in die Kamera hielt, war zu lesen: »Wir sind Herren und keine Sklaven, wir sind diejenigen, aus deren Mitte jeden Tag ein

---

*Shahid* [Selbstmordattentäter] hervorgeht.« Ein weiterer Knabe präsentierte ein Plakat mit der Aufschrift »Wenn die Juden der Wind sind, ist die Revolution der Tornado«. Mit anderen Worten: Hier ermutigte eine UNRWA-Schule ihre sehr jungen Schülerinnen und Schüler, die Ermordung von Juden zu unterstützen – auch um den Preis des eigenen Lebens. Nachdem der Blogger *Elder of Zion* auf die Zeremonie und die Fotos hingewiesen hatte, geschah zweierlei: Der betreffende Facebook-Eintrag wurde gelöscht und das UNRWA-Logo aus dem Facebook-Profil der Schule entfernt. Mehr nicht. Es gab keine Erklärung, keine Untersuchung, keine Konsequenzen – sondern nur den Versuch, Spuren zu verwischen und so zu tun, als sei der Social-Media-Auftritt der Schule gar kein offizieller.

In mehreren Berichten hat UN Watch die Aktivitäten von Mitarbeitern der UNRWA in den sozialen Netzwerken aufgedeckt. In einer Dokumentation vom September 2015 beispielsweise listete sie zwölf UNRWA-Beschäftigte auf, die auf ihren Facebook-Seiten unverblümt antisemitisch auftraten und zum Terror aufriefen. Einen Monat später stellte sie Auszüge aus den Facebook-Seiten von zehn weiteren UNRWA-Beschäftigten zusammen. Diese zeigen, wie Mitarbeiter der Vereinten Nationen öffentlich die palästinensische »Messer-Intifada« unterstützen. Die UNRWA dementierte die Vorwürfe erst und versuchte dann, die Glaubwürdigkeit von UN Watch in Zweifel zu ziehen, bevor sie schließlich doch noch den einen oder anderen Mitarbeiter suspendierte. Ende November 2015 fand und dokumentierte UN Watch jedoch erneut zahlreiche Facebook-Einträge von UNRWA-Mitarbeitern, in denen Terror glorifiziert und Antisemitismus propagiert wurde. Mit einzelnen Suspendierungen war es also offenkundig nicht getan, aber das ist auch nicht verwunderlich, denn der Antisemitismus und die Unterstützung von Islamismus und Terror sind ein grundsätzliches Problem bei der UNRWA und nicht bloß ein individuelles.

David Bedein, der schon zitierte israelische Journalist, sagt: »Seit zwölf Jahren weisen wir darauf hin, wie UNRWA-Schulen in Kriegsausbildungslager verwandelt werden. Die kriminelle Verantwortung dafür, dass die UNRWA terroristische Gruppen mit dem Betrieb von Bildungseinrichtungen betraut, liegt bei den Geberländern und Stiftungen, die die informelle UNRWA-Bildung finanzieren. Hier ist auch die Friedrich-Ebert-Stiftung zu nennen, die UNRWA-Jugendclubs wie beispielsweise das »Palästinensische Diaspora- und Flüchtlingszentrum« finanziert, in dem »Werte« wie das »Recht auf Rückkehr« gelehrt werden und das Programme und Veröffentlichungen unterstützt, in denen Israel als »Apartheidstaat« dämonisiert und delegitimiert wird.« Zu nennen wäre auch die Bundesregierung:

7,5 Millionen Euro überwies Außenminister Frank-Walter Steinmeier an die UNRWA just an dem Tag, als während des Gaza-Krieges in einer ihrer Schulen erneut Raketen gefunden wurden. Diese siebeneinhalb Millionen Euro aus Deutschland kamen letztlich auf indirektem Weg der Hamas zugute.

Der amerikanische Journalist Daniel Greenfield schrieb im Juli 2014 während des Gaza-Krieges, nachdem wieder einmal Raketen der Hamas in einer UNRWA-Schule gefunden worden waren: »Wenn eine Organisation überwiegend aus Hamas-Mitgliedern besteht, die Hamas-Ziele verfolgen, dann ist diese Organisation mit der Hamas deckungsgleich, das heißt: Die UNRWA ist die Hamas.« Greenfields Forderung lautete deshalb: »Entzieht der UNRWA die finanzielle Unterstützung!« Tatsächlich ist das Hilfswerk ein Teil des Problems und nicht der Lösung, schon weil es die Flüchtlingsproblematik verewigt, statt auf ihr Ende hinzuarbeiten. Die UNRWA folgt dem palästinensischen »Narrativ« und bekräftigt es, sie verstärkt den Antisemitismus, die Opferhaltung und den Märtyrerkult der Palästinenser. Dass sich die Hamas in ihren Reihen tummelt und pudelwohl fühlt, ist deshalb weder ein unglücklicher Zufall noch ein Versehen, sondern nur folgerichtig, denn die ganze Struktur des Hilfswerks ist darauf angelegt.

### **Das Elend der Vereinten Nationen**

Ich fasse noch einmal kurz zusammen: Die Unesco bestreitet einen jüdischen Bezug zu Jerusalem im Allgemeinen und zum Tempelberg im Besonderen. Die WHO wirft Israel als einzigem Land vor, die geistige und die körperliche Gesundheit von Menschen sowie die Umwelt zu schädigen. Für die Uno-Frauenrechtskommission ist Israel die Nummer eins unter den Frauenrechtsverletzern auf dem Erdball. Der Menschenrechtsrat verurteilt den jüdischen Staat häufiger als alle anderen Länder dieser Welt zusammen und wirft ihm in Kommissionsberichten schwerste Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen vor. Die UNRWA ist keine Einrichtung, die Flüchtlingen hilft, sondern eine von der Hamas dominierte Organisation zur Zerstörung Israels. Auch die UN-Generalversammlung verabschiedet auf ihren Sitzungen übrigens regelmäßig mehr Resolutionen gegen den jüdischen Staat als gegen alle anderen Länder zusammen – 2015 beispielsweise waren es sage und schreibe 20 (und es gab überhaupt nur drei weitere, nämlich je eine gegen Syrien, Nordkorea und den Iran).

---

Es gab in der Geschichte der Vereinten Nationen schon immer Beschlüsse gegen Israel, aber in den vergangenen Jahren hat sich die Verurteilung zu einem völligen Irrsinn ausgewachsen. Und das hat benennbare Gründe. Es gehört zu den großen Irrtümern, die Uno für etwas Grundgutes, Vernünftiges und Überparteiliches zu halten und in ihr gewissermaßen die globale Hüterin der Menschenrechte zu sehen. Gewiss, die Vereinten Nationen waren ursprünglich, wie Lotta Grinstein in einem lesenswerten Beitrag für die Zeitschrift *Phase 2* schrieb, ein »antifaschistisches Kriegsbündnis«, gegründet, um »künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren, die zweimal zu unseren Lebzeiten unsagbares Leid über die Menschheit gebracht hat« – so steht es in der Präambel der UN-Charta. Doch bereits in ihrer Gründungsphase offenbarte sich, wie Grinstein weiter analysierte, »der unauflösbare Gegensatz zwischen der idealistischen Vorstellung universeller Menschenrechte und der harten Realität nationalstaatlicher Souveränität, der die UN immer begleiten wird«.

Während die Gründungsmitglieder in ihrer Mehrzahl aber immerhin bürgerliche Demokratien waren, änderten sich die Kräfteverhältnisse im Zuge der Dekolonisierung: Eine Vielzahl neu gegründeter oder unabhängig gewordener Staaten strömte in den 1960er und 1970er Jahren in die Uno, von denen sich viele sehr bald als Despotien konsolidierten und die Gründungsideale der UN häufig als Neokolonialismus verunglimpften, um damit die Menschenrechtsverletzungen an ihren Bürgern zu überdecken. Gleichzeitig blieben die grundsätzliche Struktur der Vereinten Nationen und ihr Modus Operandi bestehen. Weiterhin gilt: ein Staat – eine Stimme. Die Qualität der internationalen Menschenrechtspolitik wird dementsprechend zu einer Frage der Mehrheit, und diese Mehrheit ist mittlerweile in fast allen UN-Gremien auf der Seite der arabischen und islamischen Länder.

Diese Staaten verfügen beispielsweise im UN-Menschenrechtsrat über rund ein Drittel der Stimmen und sind gemeinsam mit vielen »blockfreien« Ländern – sowie immer wieder mit Russland und China – in der Überzahl. Innerhalb dieser Mehrheit unterstützt man sich gegenseitig, wählt sich in verschiedene Gremien und sorgt dafür, dass Menschenrechtsverletzungen im eigenen Land nicht zur Sprache gebracht werden.

Gleichzeitig erwidern die Autokratien, Despotien und Diktaturen in der Uno seit dem Sechstagekrieg von 1967 die westliche Kritik an ihren Menschenrechtsverstößen immer wieder mit lautstarken Angriffen auf Israel – um auf diese Weise ein eigenes Engagement in Menschenrechtsfragen zu simulieren. So und nicht anders erklärt sich die exorbitant große Zahl an Resolutionen, in denen der jüdische Staat verurteilt wird. Und deshalb sagen diese



Verurteilungen wenig bis nichts über den jüdischen Staat aus, dafür aber eine ganze Menge über die elende Gegenwart der Vereinten Nationen. Schon Abba Eban, der frühere israelische Außenminister und erste Vertreter Israels bei der Uno, wusste das, als er einmal sagte: »Wenn Algerien in einem Resolutionsentwurf erklären würde, dass die Erde eine Scheibe ist und Israel sie dazu gemacht hat, dann würde diese Resolution mit 164 zu 13 Stimmen bei 26 Enthaltungen angenommen werden.«

Die selektiven und einseitigen Resolutionen der Vereinten Nationen untergraben, wie Hillel Neuer im November 2013 schrieb, »das Kernprinzip, wonach Menschenrechtsstandards universell sind, und treiben die Parteien weiter auseinander«. Es sei, so Neuer weiter, »die Uno, die sich dafür entschuldigen sollte, dass sie Israel als Sündenbock benutzt und dass sie den jüdischen Staat als Metakriminellen, dem für alle Übel der Welt die Schuld zu geben ist, dämonisiert und delegitimiert«. Vor allem aber müsse sie sich »dafür entschuldigen, die Schreie der Millionen echter Opfer von Menschenrechtsverletzungen in aller Welt zu ignorieren – und diese Opfer zu verhöhnen«.

Auch Ron Prosor, Israels UN-Botschafter von 2011 bis 2015, sprach Ende des Jahres 2014 anlässlich der rituellen jährlichen Tagung der UN-Vollversammlung zur »Palästinafrage« in einer bemerkenswerten Rede Klartext. Er sagte unter anderem – und es lohnt sich aus meiner Sicht, ihn ausführlich zu zitieren: »Der unnachgiebige Fokus der Weltöffentlichkeit auf den israelisch-palästinensischen Konflikt ist ungerecht gegenüber den mehr als zehn Millionen Opfern von Tyrannei und Terrorismus im Nahen Osten. Während wir hier reden, werden Jesiden, Bahai, Kurden, Christen und Muslime exekutiert und vertrieben von radikalen Extremisten in einer Größenordnung von 1000 Menschen pro Monat. Wie viele Resolutionen haben Sie letzte Woche verabschiedet, die sich mit dieser Krise beschäftigten? Und wie viele Sondersitzungen haben Sie einberufen? Die Antwort ist: null. Was sagt dies über das internationale Interesse am Leben der Menschen? Nicht viel, aber es spricht Bände über die Heuchelei der internationalen Gemeinschaft. [...] Die schlimmste Unterdrückung des palästinensischen Volkes gibt es in den arabischen Ländern. Im überwiegenden Teil der arabischen Welt wird Palästinensern die Staatsangehörigkeit vorenthalten, werden sie auf aggressive Weise diskriminiert. Es wird ihnen verwehrt, Land zu besitzen oder bestimmte Berufe zu ergreifen. Und dennoch wird keines – nicht ein einziges – dieser Verbrechen in den Ihnen vorliegenden Resolutionen erwähnt. Wenn es Ihnen um die Misere des palästinensischen Volkes ginge, dann gäbe es wenigstens eine einzige Resolution zur Tötung

---

von Tausenden von Palästinensern in Syrien. Und wenn Ihnen die Palästinenser so am Herzen lägen, dann gäbe es wenigstens eine Resolution, die die Behandlung der Palästinenser in den libanesischen Flüchtlingscamps verurteilte. Aber es gibt keine. Der Grund dafür ist, dass es in der heutigen Debatte nicht darum geht, über den Frieden oder über das palästinensische Volk zu sprechen – sondern gegen Israel. Dies ist nichts anderes als ein Hass- und Bashing-Festival gegen Israel. [...] Den Nationen, die immer noch dem Vorurteil den Vorzug vor der Wahrheit geben, rufe ich zu: »J'accuse!« Ich klage euch der Täuschung an. Ich klage euch an, weil ihr denjenigen, die unseren Staat zerstören wollen, Legitimität verleiht. Ich klage euch an, weil ihr in der Theorie Israel das Recht auf Selbstverteidigung zugesteht, in der Praxis aber Israel dieses Recht abspricht. Ich klage euch an, weil ihr Konzessionen von Israel verlangt, aber nicht von den Palästinensern. Angesichts dieser Vergehen ist das Urteil klar: Ihr seid nicht für den Frieden, ihr seid nicht für das palästinensische Volk. Ihr seid nur gegen Israel.«

Genau das ist der Punkt: Es geht der Uno nicht um die Palästinenser, das Motto lautet vielmehr: Vereinte Nationen gegen Israel. Und die Grundlage dafür ist der Antisemitismus, der auch von den Europäern oft genug mitgetragen oder zumindest geduldet wird. Eine UN-Entscheidung wie der Teilungsbeschluss von 1947, der die Grundlage für die spätere Ausrufung des Staates Israel war, wäre heute schlichtweg nicht mehr denkbar. Heute wird die Uno vor allem dazu beansprucht, den jüdischen Staat zu dämonisieren und zu delegitimieren. »Lawfare« heißt das Stichwort, das eine Kreuzung aus »Law«, also Recht, und »Warfare«, also Kriegsführung, ist. Kriegsführung mit den Mitteln des Rechts, mithin eine Kriminalisierung Israels – das ist es, worum es den Feinden des jüdischen Staates heute zu tun ist, während parallel dazu immer wieder auch terroristische Mittel eingesetzt werden, um Israel in die Knie zu zwingen. Es handelt sich also um eine Doppelstrategie. Und an dieser sind die Vereinten Nationen entscheidend beteiligt, zumal sie ihren guten Namen dafür geben. Damit haben sie sich inzwischen in das Gegenteil dessen verkehrt, wofür sie einmal angetreten waren.